

Beschluss des Landrats vom 07.04.2022

Nr. 1443

15. Sichere Veloabstellplätze 2021/193; Protokoll: md

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Fredy Dinkel (Grüne) hat das Geschäft von Meret Franke übernommen. Er dankt dem Regierungsrat für die Antwort und die Entgegennahme als Postulat und ist damit einverstanden. Es muss kein Gesetzgebungsprozess eingeleitet werden wegen Veloabstellplätzen. Gleichzeitig ist dies auch nicht nötig, weil in der Verordnung betreffend der Veloabstellplätze auf den Anhang verwiesen wird. Leider ist im Anhang dazu aber nichts zu finden. Dort steht nur etwas zu Autoabstellplätzen. Zudem gibt es vom Normengremium des Astra, dem VSS, eine Vorgabe, wie solche Veloabstellplätze sein sollen. Es würde also reichen, wenn im Anhang zur Verordnung der Verweis auf diese Norm hinzugefügt würde. Dies würde dafür sprechen, die Motion zu überweisen. Andererseits ist die Norm schon 15 Jahre alt. In dieser Zeit hat sich viel verändert, gerade auch mit den E-Bikes etc. Man könnte die Gelegenheit also auch nutzen, um das Handbuch, welches es dazu bereits gibt und welches einfach in den Anhang aufgenommen werden könnte, entsprechend anzupassen. In diesem Sinne ist eine Umwandlung in ein Postulat besser, genauso wie es der Regierungsrat vorschlägt. Es wird gebeten, den Vorstoss entsprechend zu überweisen.

Markus Meier (SVP) ist verwirrt ob den Aussagen seines Vorredners, dass es zwar eine Motion sei, diese aber keine gesetzlichen Normen zur Folge haben soll. Eine Motion braucht es nur, wenn man ein Gesetz schaffen oder ändern will. Für die SVP-Fraktion geht der Vorstoss, so wie er formuliert ist, zu weit. Wenn man den Text im Detail liest, erkennt man, dass es nicht nur darum geht, irgendeinen Anhang aufzunehmen oder einen Verweis einzufügen, sondern es wird von platzsparendem, geordnetem Abstellen von Velos gesprochen, mit der Möglichkeit, die Velos anzuschliessen, mit einem Witterungsschutz und einer Ladestation für E-Bikes. Ladestationen für E-Bikes finden sich übrigens auch im Landratssaal: Es braucht dafür 220 Volt-Steckdosen. Diese gibt es überall. Vor ein paar Wochen wurde vom Landrat die Mindestregelung für Autos abgeschafft. Es wurde gesagt, eine Empfehlung reiche aus und es könne in die Hoheit der Gemeinden übergeben werden. Und jetzt wird bei den Velos das Gegenteil gefordert. Aus diesem Gründen spricht alles dafür, den Vorstoss abzulehnen. Auch wenn es «nur» noch ein Postulat ist.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion sei auch der Meinung, dass es weder die Motion noch das Postulat brauche. Im Moment ist alles eigentlich bereits vorhanden, auch die gesetzliche Grundlage. In den Unterlagen des Regierungsrats wird, wie bereits erwähnt, auf schweizerische Normen verwiesen. Diese sind öffentlich zugänglich. In den Anhängen, welche heute online zugänglich sind und welche aus dem Jahr 2004 stammen, sind explizit auch die Berechnungen und die Beispiele für die Anzahl enthalten. Vermutlich ging es der Motionärin auch darum, diese Sache mit mehr Nachdruck zu fördern. Aber dafür muss vor allem eine Nachfrage bestehen. Der Bauherr muss wissen, was er macht, ob es Plätze und falls ja, welche Plätze es braucht. Für den Gesetzgeber respektive für die Gemeinde gibt es bei jedem Bauvorhaben entsprechende Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. Wenn es einen Quartierplan gibt, dann gibt es ein Quartierplanverfahren, welches entsprechend beschlossen werden muss. Hier kann Einfluss genommen werden. Neu gibt es § 106 Raumplanungsgesetz, welcher in der BPK diskutiert wurde, und wonach die Gemeinden für die Festlegung der Mindestabstellplätze für Autos und Velos ein eigenes Reglement erstellen

können. Dies wird in Kürze auch im Landrat behandelt. In der Kommission fand das Anliegen breite Unterstützung, dies kann im Bericht nachgelesen werden. Das kommt also sowieso. Somit macht es letztlich keinen Sinn, wenn der Kanton diesbezüglich etwas festlegt, weil es sich immer um eine Spezialsituation handelt, worüber vor Ort in der Gemeinde entschieden werden muss. Und das tut die Gemeinde entweder über das Quartierplanverfahren oder über ein spezielles Reglement. Damit ist der Bedarf gedeckt. Der Kanton muss einer Privatperson nicht vorschreiben, wie sie ihren Veloabstellplatz bauen soll. Das macht keinen Sinn. Aber genau darauf läuft es hinaus, wenn der Kanton eine Lösung vorgibt. Dies ist Sache der Gemeinden und es ist bereits aufgeleitet, dass das vollzogen werden kann. Somit ist eine Überweisung als Postulat ein Leerlauf. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion sowohl die Überweisung als Motion als auch als Postulat ab.

Felix Keller (Die Mitte) stellt fest, sein Vorredner habe die meisten Argumente, die er selbst nennen wollte, bereits vorgebracht. Die Mitte/glp-Fraktion lehnt die Überweisung als Motion klar ab. Für ein Postulat gibt es in der Fraktion einige Sympathisanten, aber eigentlich kann das Postulat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben werden, da in der Verordnung schon etwas gemacht werde. Felix Keller möchte davor warnen, für Veloabstellplätze eine kantonale, einheitliche Lösung zu schaffen. Dass z. B. gesagt wird, im ganzen Kanton braucht es für jede Wohnung 2,0 Veloabstellplätze. Davon muss man wegkommen. Es liegt ganz klar in der Gemeindeautonomie. Für Einkaufszentren gibt es meistens einen Quartierplan und dann kann die Gemeinde im Rahmen des Quartierplans mitreden, wie viele Veloabstellplätze es braucht, ob sie gedeckt sein müssen etc. Auch öV-Haltestellen liegen in der Kompetenz der Gemeinden. Die Gemeinden sollen dafür sorgen, dass bei den Haltestellen genügend sichere Abstellplätze vorhanden sind. Da muss der Kanton nicht mitbestimmen. Ebenso wie er sich auch bei Bauvorhaben und Nutzungsänderungen nicht einmischen muss, weil es ebenfalls in die Gemeindeautonomie fällt. In diesem Sinne ist auch der Vorstoss von Felix Keller für die Regelung der Pflichtparkplätze für Autos zu verstehen: Auch das muss an die Gemeinden übergehen. Das Postulat ist ok, aber es ist nicht unbedingt nötig, weil sowieso schon etwas getan wird.

Désirée Jaun (SP) betont, zur Förderung der umweltfreundlichen Mobilität gehöre auch die Veloförderung. Wenn das konsequent gemacht werden will, gehört auch das Bereitstellen der entsprechenden Infrastruktur dazu. Für die SP-Fraktion ist das logisch und sie hat dementsprechend auch schon mehrere Forderungen dazu gestellt. In den gesetzlichen Grundlagen des Kantons werden die Abstellplätze für Velos aufgeführt, aber es werden keine quantitativen Aussagen gemacht oder Mindestzahlen festgelegt. Wie bereits erwähnt, gibt es dazu entsprechende Vollzugshilfen und Normen. Jedoch handelt es sich dabei nur um Empfehlungen. Es hängt immer noch sehr vom Willen einer Gemeinde ab, ob es auch entsprechend umgesetzt wird. Der Regierungsrat ist offenbar ebenfalls der Ansicht, dass zu einem attraktiven Veloverkehrssystem auch ausreichend qualitativ hochwertige Abstellplätze gehören. Der Regierungsrat schlägt in seiner Antwort vor, dass eine Analyse zu vorhandenen Defiziten gemacht werden soll, in welche auch die Lademöglichkeiten für E-Bikes sowie der Blickwinkel der Gemeinden einbezogen werden soll. Das ist sicher sinnvoll und es wäre ein wichtiger Grundstein für die Umsetzung der Forderungen aus dem vorliegenden Vorstoss. Es wäre zudem eine Verbesserung der Infrastruktur für die Velos. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die Forderung einstimmig und damit auch den Vorstoss – sowohl als Motion als auch als Postulat und ohne direkte Abschreibung.

Marco Agostini (Grüne) reagiert auf die Warnung von Felix Keller, eine solche Regelung einzuführen. Der Redner kann sich nicht vorstellen, worin eine Gefahr besteht, wenn es eingeführt wird. Welche Gefahr geht von der Forderung aus, dass es überall dort mehr Abstellplätze braucht, wo es Wohnungen gibt? Beim Auto wird es auch gemacht. Wenn schon, dann müsste man einheitlich vorgehen und sagen, wenn es für Velos keine zwingenden Abstellplätze braucht, dann braucht es

diese auch nicht für Autos. Hier ist der Kanton zu wenig konsequent. Entweder es wird für alle abgeschafft oder es gelten für alle Verkehrsmittel die gleichen Vorgaben. Wenn es zwingend eine Regelung für Autos braucht, dann braucht es zwingend auch eine Regelung für Velos.

Fredy Dinkel (Grüne) nimmt die Aussage seines Vorredners auf: Für Autos gibt es eine Regelung, aber für Velos nicht. Respektive sie ist nur angetönt und nicht ausformuliert. Fredy Dinkel ist zwar auch der Meinung, dass teilweise die Gemeinden zuständig sind, aber genau deshalb ist es wichtig, den Vorstoss als Postulat zu überweisen, damit der Regierungsrat es prüft und aufzeigt, welches der beste Weg ist. Dieser kann allenfalls auch über die Gemeinden gehen. Jedoch muss es geprüft werden. Aus diesem Grund will der die Fraktion den Vorstoss in ein Postulat umwandeln und überweisen lassen.

://: Mit 41:38 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
